

Rechenschaftsbericht

zur Jahresrechnung des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Rheinland – Pfalz Süd

für das Haushaltsjahr 2014

1. Rechtsgrundlagen

Nach § 14 der Verbandsordnung in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Landesgesetz über die kommunale Zusammenarbeit (KomZG) i.V.m. § 108 Abs. 3 Nr. 1 Gemeindeordnung (GemO) ist der Jahresrechnung ein Rechenschaftsbericht als Anlage beizufügen.

Gemäß § 49 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) gliedert sich der Rechenschaftsbericht in folgende Abschnitte:

- Lage des Zweckverbands
- Vermögens- und Finanzlage
- Ertragslage
- Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Haushaltsjahres
- Gliederung der Teilhaushalte
- Prognosebericht
- Risikobericht

2. Lage des Zweckverbands

Gemäß Nahverkehrsgesetz (NVG) des Landes Rheinland-Pfalz vom 17.11.1995 (GVBl. S. 450) obliegt den Landkreisen und kreisfreien Städten die Aufgabenträgerschaft für die Gestaltung der Angebote des Schienenverkehrs, die sie als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung in den beiden Zweckverbänden, die im südlichen sowie im nördlichen Landesteil gebildet wurden, wahrnehmen.

Dem Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd gehören das Land, die Landkreise Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Bad Kreuznach, Birkenfeld, Donnersbergkreis, Gernersheim, Kaiserslautern, Kusel, Mainz-Bingen, Rhein-Pfalz-Kreis, Südliche Weinstraße, Südwestpfalz und sowie die kreisfreien Städte Frankenthal, Kaiserslautern, Landau in der Pfalz, Ludwigshafen, Mainz, Neustadt an der Weinstraße, Pirmasens, Speyer, Worms und Zweibrücken an.

Die Zusammenarbeit im Zweckverband sowie die Aufgaben und Kompetenzen der Organe des Zweckverbandes sind in der Verbandsordnung festgelegt.

Als Verbandsvorsteher und Vorsitzender der Verbandsversammlung vertritt der Landrat des Kreises Kusel, Herr Dr. Winfried Hirschberger, den Zweckverband nach außen. Stellvertretender Verbandsvorsteher ist der Oberbürgermeister der Stadt Neustadt an der Weinstraße, Herr Hans Georg Löffler. Als Verbandsdirektor hat die Verbandsversammlung Herrn Michael Heilmann bestellt.

Für die Wahrnehmung der Verwaltungsgeschäfte stellt der Landesbetrieb Mobilität das notwendige Verwaltungspersonal und die Verwaltungseinrichtung zur Verfügung (§ 6 Abs. 6 NVG).

Zur Durchführung ihrer Aufgaben erhalten die Zweckverbände pauschale Zuweisungen des Landes nach § 10 Abs. 2 NVG und Sonderzuweisungen nach dem Landeshaushalt. Aufsichtsbehörde des Zweckverbandes ist das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur.

Grundlage der Haushaltswirtschaft für das Jahr 2014 bildet die von der Verbandsversammlung am 26.11.2013 beschlossene Haushaltssatzung.

3. Vermögens- und Finanzlage 2014

3.1 Bilanz 2014

s. Anlage 1

Das Nahverkehrsgesetz sieht keine Ausstattung des Zweckverbandes mit Eigenkapital vor. In der Bilanz sind zum 31.12.2014 Verbindlichkeiten in Höhe von 13.712.646,01 € ausgewiesen (s. Verbindlichkeitenübersicht, Anlage 2). Rückstellungen wurden in Höhe von 295.193,07 € gebildet. Die Forderungen belaufen sich auf 7.315.731,07 € (s. Forderungsübersicht, Anlage 7).

3.2 Ergebnisrechnung 2014

s. Anlage 3

3.3 Finanzrechnung 2014

s. Anlage 4

Die Aufnahme von Kassenkrediten war im Haushaltsjahr 2014 nicht erforderlich.

3.4 Haushaltsausgleich

Der Haushaltsausgleich wurde, unter Berücksichtigung der Voraussetzungen für die Bilanz, die Ergebnis- sowie die Finanzrechnung, erreicht.

Der ZSPNV Süd geht nach derzeitigem Stand davon aus, dass der Haushaltsausgleich auch in den kommenden Jahren erreicht werden kann.

3.5 Rückstellungen

Für die Altersvorsorge von Beamten hat der Zweckverband Pensionsrückstellungen in Höhe von 272.995,- € gebildet.

In Abweichung zum Vorjahr wurde aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit den Vorgaben zufolge zwischen Pensionsrückstellungen für Aktive (Bilanzkonto 24111) sowie für Versorgungsempfänger (24211) differenziert. Dabei betragen die Pensionsrückstellungen für aktive Beamte 71.383,00 €, die Rückstellungen für Versorgungsempfänger 201.612,00 €.

Die Rückstellungen für Beihilfen betragen 18.973,00 €, Urlaubsrückstellungen bestehen in Höhe von 3.225,07 €.

3.6 Verlauf der Haushaltswirtschaft 2014

Wesentliche Abweichungen gegenüber den Haushaltsansätzen:

Erträge:

Konto		Ansatz	tatsächlich	Differenz
466140	Erträge aus Auflösung von RST	0,00 €	5.174,07 €	5.174,07 €
414430	Kostenbeteiligung Dritter ö. B.	0,00 €	19.364,15 €	19.364,15 €
442440	Kostenbeteiligung Zweckverbände	0,00 €	81.732,36 €	81.732,36 €
462700	Versicherungserstattungen	0,00 €	4.167,94 €	4.167,94 €
442510	Rückzahlung Verkehrsverträge	<u>20.000,00 €</u>	<u>314.987,74 €</u>	<u>294.987,74 €</u>
		20.000,00 €	425.426,26 €	405.426,26 €

Konto		Ansatz	tatsächlich	Differenz
414421	Sonderzuweisung des Landes	58.958.761,00 €	51.475.760,00 €	-7.483.001,00 €
442430	Kostenerst. Marketing ö. B.	20.000,00 €	0,00 €	-20.000,00
471500	Zinseinnahmen	<u>50.000,00 €</u>	<u>43.755,93 €</u>	<u>-6.244,07 €</u>
		59.196.031,00 €	51.682.978,02 €	-7.513.052,98 €

Aufwand:

Konto		Ansatz	tatsächlich	Differenz
54620	Rückzahlung von allg. Zuw. Land	0,00 €	5.207.199,82 €	-5.207.199,82 €
50320	Beiträge Versorgungskassen	12.548,00 €	13.401,00 €	- 892,00 €
56361 } 56362 }	Marketing	330.362,00 €	431.610,01 €	-101.248,01 €
56250	Beratungen, Gutachten	<u>175.000,00 €</u>	<u>432.919,62 €</u>	<u>-257.919,62 €</u>
		517.910,00 €	6.085.130,45 €	-5.567.220,45 €

Konto		Ansatz	tatsächlich	Differenz
52480	Sonstige bez. Leistungen	212.557.413,00 €	200.148.385,52 €	12.409.027,48 €
56255	Planungskosten, Ausbau Stationen	150.000,00 €	30.213,49 €	119.786,51 €
56390	Fahrplan u. Tarifgestaltung	15.000,00 €	7.525,82 €	7.474,18 €
57512	Zinsaufwendungen	<u>50.000,00 €</u>	<u>0,00 €</u>	<u>50.000,00 €</u>
		212.772.413,00 €	200.186.124,83 €	12.586.288,17 €

Begründung der Mehrerträge:

Auflösung Rückstellungen (Konto 466140)

Die erforderliche (zahlungsneutrale) Auflösung von Rückstellungen fiel höher aus als geplant.

Kostenbeteiligung Dritter öffentlicher Bereich (Konto 414430)

Beteiligungen an den Kosten für Zusatzverkehre fielen höher aus als geplant.

Kostenbeteiligung Zweckverbände (Konto 442440)

Mehrertrag aufgrund der Beteiligung eines Verbundes an den Kosten für die Dampfnostalgieveranstaltung, die in dieser Höhe bei Haushaltsaufstellung nicht bekannt waren.

Versicherungserstattungen (Konto 462700)

Erträge aus einer Lebensversicherung.

Rückzahlung Verkehrsverträge (Konto 442510)

Mehrerträge durch die Bildung von (zahlungsneutralen) Forderungen für erwartete Mehreinnahmen von Schlussrechnungen aus Verkehrsverträgen

Begründung der Mindererträge:

Sonderzuweisung des Landes (Konto 414421)

Der Finanzbedarf im Haushaltsjahr 2014 war niedriger als geplant, da nach Rücksprache mit dem Ministerium sämtliche Rücklagen aufgelöst werden sollten und darüber hinaus eine günstigere Entwicklung der Energiepreise stattgefunden hat. Ferner haben sich die Prognosen der Eisenbahnverkehrsunternehmen unterjährig zu Gunsten des Zweckverbandes geändert.

Kostenerstattung Marketing öffentlicher Bereich (Konto 442430)

Eine Kostenerstattung wurde im Jahr 2014 nicht erhoben

Zinseinnahmen (Konto 471500)

Die Zinseinnahmen fielen niedriger aus als geplant, da ab 20.10.2015 seitens des Geldinstituts (unerwartet) keine Zinsen mehr gewährt wurden.

Begründung der Mehraufwendungen:

Rückzahlung von allgemeinen Zuweisungen an das Land (Konto 54620)

Mehraufwand aufgrund zahlungsneutraler Bilanzbuchungen: Für 2014 wurde ein niedrigerer Jahresfehlbetrag als im Vorjahr 2013 ermittelt (Jahresfehlbetrag 2013 > Jahresfehlbetrag 2014). Aufgrund der erforderlichen Bilanzbuchungen zum Jahresabschluss 2014 (Auflösung der Forderung aus dem Vorjahr 2013 in Höhe von -11.470.845,20 € und der Bildung von Forderungen in Höhe von 6.263.645,20 € für den Ausgleich der ER 2014) entstand auf dem relevanten Ertragskonto 414422 somit zunächst eine negative Forderung in Höhe von - 5.207.199,82 €. Um diese sachlich korrekt in der ER 2014 als Verbindlichkeit gegenüber dem Land ausweisen zu können, wurde diese negative Forderung auf das entsprechende Aufwandskonto umgebucht, welche sich als (fiktiver) Mehraufwand in der ER 2014 niederschlägt.

Beiträge Versorgungskassen (Konto 50320)

Mehraufwendungen aufgrund einer Beitragsanpassung.

Marketing (Konten 56361 und 56362)

Mehraufwand durch Kostenübernahme Marketing Dampfspektakel 2014 auf Wunsch des Landes.

Beratungen, Gutachten (Konto 56250)

Mehraufwand aufgrund erforderlicher rechtlicher Beratungen zu den laufenden Ausschreibungsverfahren.

Begründung der Minderaufwendungen:

Sonstige bezogene Leistungen (Konto 52480)

Minderaufwand aufgrund der unterjährigen Veränderung der Dieselpreise zu Gunsten des Zweckverbandes sowie unterjährige Veränderung der Prognosen der Eisenbahnverkehrsunternehmen.

Planungskosten, Ausbau Stationen (Konto 56255) / Fahrplan- und Tarifgestaltung (Konto 56390) / Zinsaufwendungen (Konto 57512)
Der Haushaltsansatz wurde nicht ausgeschöpft.

3.7 Verlauf der Haushaltswirtschaft 2011-2013

s. Anlage 5

4. Ertragslage

s. Anlage 6

5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Haushaltsjahres

Eine Anzahlung in Höhe von 10 Mio. € auf die Schlussrechnung eines Verkehrsvertrages ist korrekt zum 30.12.2014 wertgestellt worden und damit der Finanzrechnung 2014 zugehörig. Der Betrag wurde feiertagsbedingt jedoch erst zum 05.01.2015 tatsächlich dem Girokonto belastet, so dass die Bilanz 2014 des Zweckverbandes im Kassenbestand einen Schwebeposten in Höhe von 10 Mio. € ausweist.

6. Gliederung der Teilhaushalte

Der Haushalt des ZSPNV Süd gliedert sich in einen Teilhaushalt ÖPNV sowie einen Teilhaushalt Finanzwirtschaft. Dem Teilhaushalt ÖPNV zugeordnet sind folgende Produkte:

- 5470 SPNV-Leistungen
- 5471 S-Bahn Rhein-Neckar
- 5472 RegioLinien
- 5473 Sonderverkehre

Die Aufteilung der Gemeinkosten erfolgte im Haushaltsjahr 2014 im Verhältnis der Haushaltsansätze der einzelnen Produkte bei Aufwandskonto 5248.

Dem Teilhaushalt Finanzwirtschaft zugeordnet sind die Produkte 6121 Zinserträge sowie 6122 Zinsaufwendungen.

7. Prognosebericht

Ein wesentlicher Teil der Ausgaben wird auf Grund von Verkehrsverträgen geleistet. Diese werden über einen längeren Zeitraum abgeschlossen und stellen die Planungsgrundlage für die kommenden Haushaltsjahre dar.

Grundsätzlich geht der ZSPNV Süd derzeit weiterhin davon aus, dass auch in den kommenden Jahren ein Haushaltsausgleich erreicht werden kann (vgl. jedoch Risikobericht unter 8.)

8. Risikobericht

Die SPNV-Verträge stellen eine langfristige finanzielle Verpflichtung für den ZSPNV Süd dar. Zur Durchführung seiner Aufgaben erhält der Zweckverband hierfür pauschale Zuweisungen des Landes nach § 10 Abs. 2 NVG und darüber hinaus Sonderzuweisungen nach dem

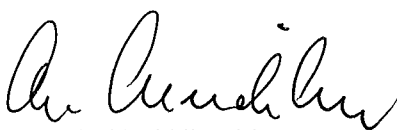
Landeshaushalt. Ein Einnahmerisiko, und damit ein Risiko der SPNV-Finanzierung, kann sich für den ZSPNV Süd insbesondere aufgrund der finalen Regelung der Revision der Regionalisierungsmittel und deren Verteilung auf die Länder ergeben. Welche Auswirkungen sich aufgrund der Neuregelung der Regionalisierungsmittel ab 2015 ff konkret für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des ZSPNV Süd ergeben werden, ist derzeit noch nicht absehbar.

Zuletzt kam es im Jahr 2007, ausgelöst durch das Haushaltsbegleitgesetz des Bundes, zu einer Kürzung der dem Zweckverband Süd zugewiesenen Mittel. Um dennoch einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen zu können, mussten in Verhandlungen mit den Verkehrsunternehmen Verkehrsleistungen aus den laufenden Verträgen abbestellt werden.

Änderungen im Bereich der Ausgabenseite ergeben sich insbesondere aus:

- Der Ausschreibung von SPNV-Leistungen
- Der Veränderung von Infrastrukturkosten (Trassen- und Stationsgebühren)
- Der Veränderung der Energiekosten.

Dies kann innerhalb der langlaufenden Verträge zu erheblichen Mehrkosten führen.



Dr. Winfried Hirschberger

Verbandsvorsteher
Zweckverband
Schienenpersonennahverkehr
Rheinland-Pfalz Süd



Michael Heilmann

Verbandsdirektor
Zweckverband
Schienenpersonennahverkehr
Rheinland-Pfalz Süd